



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/69 - 22.3.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 890

Vor Überreichung der West - Antwort	S. 1
Der schwarze Kontinent erwacht	S. 3
Der Mystiker Prof. Röpke	S. 5

Der große Versuch

(sp) In den ersten Tagen dieser Woche wird wohl die west-alliierte Antwort im Kreml überreicht und dann veröffentlicht werden. Sie stellt der Bescheid auf die bisher weitestgehenden Vorschläge der Sowjet-Regierung in der Deutschlandfrage dar. Ihr Ziel soll der beschleunigte Abschluß eines Friedens-Vertrages mit Deutschland unter unmittelbarer Beteiligung einer gesamt-deutschen Regierung sein, wobei die Bedingungen zu prüfen seien, "die der baldigsten Bildung einer gesamtdeutschen Regierung förderlich sind".

In einem anliegenden Entwurf waren Grundsätze eines solchen Friedensvertrages nach sowjetischer Vorstellung fixiert. Es fanden sich darunter, gemessen an dem, was man aus Moskau gewöhnt ist, erstaunliche Dinge. Da sie sämtlich aber erst als Folge einer voranzugehenden mühsamen Prozedur aktuell werden können, konnte ihr zunächst einmal vorwiegend propagandistischer Zweck nicht übersehen werden.

Schon am Ende der letzten Woche waren eine ganze Reihe von Einzelmitteilungen über den wahrscheinlichen Inhalt der west-alliierten Antwort aus verschiedenen Quellen bekanntgeworden. Faßt man sie zusammen, so gewinnt man den erfreulichen Eindruck, daß das Bestreben vorherrscht, im Gespräch zu bleiben. Es haben sich also die Tendenzen nicht durchgesetzt, die als erste Reaktion auf die russische Note nicht nur in den amtlichen deutschen

Kreisen, sondern auch in der übrigen westlichen Welt das Bild bestimmten und die auf glatte Ablehnung dieses Angebotes als eines neuen diplomatischen Betrugsmanövers Moskaus hinausliefen.

Zunächst einmal hat man offenbar Auskunft darüber verlangt, wie sich der Krenl das Zustandekommen einer gesamtdeutschen Regierung vorstellt. Die Westmächte haben dabei auf die vorzüglichen Dienste verwiesen, die die UNO-Kommission leisten könne, aber sie haben auch von der Möglichkeit eigener sowjetischer Vorschläge gesprochen. Ein starres Festhalten an der UNO-Kommission als dem einzigen verwendbaren Mittel, erscheint schon deshalb nicht unbedingt notwendig, weil jedermann weiß, daß diese Kommission nur ohnehin Bekanntes feststellen könnte, aber keine Möglichkeit hätte, an diesen Tatsachen etwas zu ändern. Immerhin muß man sich in Moskau sagen, daß schon eine Ablehnung der Einreise das Ergebnis haben wird, das durch eine Untersuchung an Ort und Stelle freilich dann noch ausdrücklich bestätigt werden würde, daß es in der Sowjet-Zone zur Zeit keine Grundlage für die Abhaltung freier Wahlen gibt.

Es werden auch nach Überreichung der westalliierten Note eine Fülle von offenen Fragen bestehen, auf die Moskau in einer neuen Note wird antworten müssen. Fragen z.B. nach dem Aufgabenbereich der gesamtdeutschen Regierung, wenn sie nach freien Wahlen zustandegekommen sein wird, nach der verschieden stark eingeschränkten Souveränität in dem von den Westalliierten und in dem von der Sowjet-Union besetzten Teil Deutschlands, sowie den Schlußfolgerungen, die sich daraus für ein nicht mehr getrenntes Deutschland ergeben.

Zweierlei freilich soll nach dem Willen der Westmächte unter allen Umständen vermieden werden: Daß die Sowjets die Bemühungen um eine weitere Stärkung der westlichen Position beeinträchtigen und daß sich die tragikomischen Verhandlungen über den österreichischen Staatsvertrag wiederholen.

Es wird also Aufgabe der ganzen nächsten Zeit sein, die endlich überwundene Stagnation in den Beziehungen zwischen der westlichen und der östlichen Mächtegruppe nicht wieder Platz greifen zu lassen. Das in Gang gekommene Gespräch muß fortgeführt werden, so schwierig es im einzelnen sein mag. Die Grundlage, das gegenseitige Vertrauen in die ernsthafte Absicht des Partners, auf friedlichem Wege zu einem annehmbaren Verhältnis zu kommen, mag schwankend sein. Aber auch das darf nicht dazu führen, den Versuch von vornherein zu unterlassen, er muß vielmehr mit allem Ernst und einer gewissen elastischen Zähigkeit unternommen werden.

Afrika in Bewegung

-f. Afrika hat eine unheimlich rasch wachsende Bedeutung im Denken und Planen der politischen und militärischen Hauptquartiere des Westens gewonnen. Diese Bedeutung ist im zweiten Weltkrieg bei den damaligen Lagern so entscheidend klargeworden, daß die Sieger dieses Ringens dem schwarzen Erdteil seitdem in ihren strategischen Überlegungen einen bevorzugten Platz eingeräumt haben. Diese Tatsache hat wesentlich dazu beigetragen, daß der ganze Kontinent in eine stärkere politische Bewegung geraten ist, als er sie je gekannt hat. Die westlichen Pläne werden überlagert und in einem noch nicht bestimmbar Maß durchkreuzt durch den mächtig anwachsenden Nationalismus der Bewohner Afrikas.

An der Nahtstelle des afrikanischen und asiatischen Erdteils, im Suezkanalgebiet, hat der Zusammenstoß zwischen den westlichen Überlegungen und der nationalistischen Bewegung die bisher schärfste Form angenommen. In Tunesien ist es dem harten Zuschlagen der französischen Streitkräfte, vor allem der Fremdenlegion, vorerst gelungen, bedrohliche Entwicklungen zu unterdrücken. Es ist eine offene Frage, wie lange die fragwürdige Ruhe anhalten wird. Aus Marokko kommen Nachrichten, die nichts Gutes ahnen lassen. Sie beunruhigen Paris nicht weniger als Washington, denn Französisch-Marokko spielt in dem amerikanischen Luftverteidigungssystem bereits eine erhebliche Rolle. Libyen hat zwar seine Unabhängigkeit von den Vereinten Nationen erhalten, als Preis aber dafür den Amerikanern, Briten und Franzosen Stützpunkte zur Verfügung stellen müssen.

Im Süden des Erdteils, in der Südafrikanischen Union, häuft die scharfe Politik der Trennung von Schwarz und Weiß Zündstoff an, von dem man befürchten muß, daß er eines Tages hochgehen wird. Die britischen Pläne, an der Nordgrenze der Südafrikanischen Union ein neues Dominion aus Nord- und Süd-Rhodesien und Nyasaland zu schaffen, in dem im Gegensatz zu der südafrikanischen Politik ein Ausgleich zwischen den Rassen angestrebt werden soll, haben bereits zu erbitterten Protesten der südafrikanischen Regierung

geführt. Es ist sehr unwahrscheinlich, daß sich London dadurch beirren läßt. Die britische Regierung hat in diesen Tagen in der westafrikanischen Kolonie Goldküste den schwarzen Negerführer Nkrumah zum Premier gemacht, trotz aller südafrikanischen Proteste auch in diesem Fall.

Nach den gewaltigen Erschütterungen in Asien ist auch Afrika in eine politische Gärung geraten, deren Ergebnis niemand voraussagen kann. Die Chancen des Westens sind groß, die Gefahren eines Debakels wie in Asien geringer, aber sie sind vorhanden. Jeder Versuch, den Schwarzen den Weg zu verlegen, muß notwendig zu Explosionen führen, wie sie der arabische Nordsaum Afrikas heute erlebt. Der Westen hat für die Kurzsichtigkeit seiner Fernostpolitik mit starkem Machtverlust zahlen müssen. In Afrika ist noch Zeit, durch eine kluge Politik viel zu gewinnen. Es kann in sehr naher Zukunft schon zu spät sein.

+ + +

Die Witwe Bela Kuns

"Die ungarische Regierung versuchte vor kurzem, die kranke, 70jährige Witwe von Bela Kun, dem kommunistischen ungarischen Diktator von 1919, aus Budapest zu deportieren. Die Regierung änderte ihre Entscheidung, die alte Frau zusammen mit anderen Deportierten in eine ländliche Gegend zu schaffen, nachdem diese angedroht hatte, zu entlarven, wie Bela Kun von Stalin liquidiert wurde. Bela Kun fiel 1938 in Ungnade und starb unter mysteriösen Umständen. Als er starb, war seine Frau bei ihm. Als sie im Jahre 1945 nach Ungarn zurückkehrte, zog die Witwe mit ihrer Schwester in eine große Wohnung in die Oeresmarth Straße Budapests. Während der Massendeportationen von Staatsfeinden, vor einigen Monaten, wurde Frau Kun von der politischen Polizei aufgefordert, mit einigen anderen Deportierten Budapest zu verlassen. Obwohl sie durch Rheumatismus verkrüppelt ist, ging sie zum Polizeipräsidium und drohte mit Selbstmord. Sie soll Regierungsbeamten erzählt haben, daß, wenn sie stirbe, Freunde in New York, Belgrad und Paris Dokumente veröffentlichen würden, die den Tod ihres Mannes betreffen. Frau Kun soll diese Dokumente ins Ausland geschickt haben, als der jetzige Kommunistenführer Rakosi zur Macht kam. Dem Bericht zufolge soll die Polizei ihr jetzt erlaubt haben, in Budapest zu bleiben, aber sie wurde in einem Heim untergebracht und ihre Wohnung beschlagnahmt."

"Oberösterreichische Zeitung", Linz

+ + +

Der falsche Glorienschein Professor Röpkes

Aus der Schweiz wird uns geschrieben:

"Der Prophet gilt nicht im eigenen Land", dafür setzt man die fremden Propheten umso höher in Kurs. Von diesem Prinzip aus scheinen der Anhang und die Nachbeter Prof.Röpkes zu gehen. Als Prof.Röpke durch die Veröffentlichung seines Buches "Gesellschaftskrisis der Gegenwart" während des zweiten Weltkrieges als Publizist in der Schweiz bekannt wurde, fand er schnell Freunde im schweizerischen Bürgertum. Er wurde ein gern gesehener Artikelschreiber in der bürgerlichen und Unternehmerpresse. Man freute sich, in dem deutschen Professor einen ausgezeichneten Interpreten der eigenen Gedankengänge, einen scharf die Feder führenden Gegner des "politischen und wirtschaftlichen Zwangsstaates" und Verfechter der freien Marktwirtschaft zu haben.

Nach dem Zusammenbruch des Hitler-Regimes schoben deutsche Wirtschaftskreise Prof.Röpke als berechten Mitsprecher ihrer Politik in den Vordergrund. Bei jeder Gelegenheit wird Prof.Röpke als der bekannte Schweizer Volkswirtschaftler vorgestellt und seine Werke als die Geistesprodukte des bekannten Schweizer Nationalökonomens von der Universität Genf gepriesen.

Prof.Röpke ist jedoch nicht Lehrer an der Universität Genf, sondern am Universitätsinstitut für höhere internationale Wissenschaften, das wohl seine Kurse in Verbindung mit der Universität Genf durchführt, doch organisatorisch von der Universität getrennt ist und aufgrund einer Rockefeller-Stiftung in der Völkerbundstadt errichtet wurde. Dieses Universitätsinstitut legte großen Wert auf die internationale Zusammensetzung des Lehrkörpers, dem neben einem Belgier, einem Franzosen und zwei Schweizern der Völkerrechtler Hans Wehberg und der Volkswirtschaftler Wilhelm Röpke als Deutsche angehören.

In der Schweiz genießt Röpke, der das Schweizer Bürgerrecht nicht besitzt, nur die Anerkennung in interessierten Kreisen des Bürgertums, aber nicht bei den wissenschaftlich tätigen Nationalökonomens. Es genügt auf die verschiedenen Buchbesprechungen Prof.Jöhrens hinzuweisen, demzufolge die Bücher Röpkes in erster Linie politische Bücher mit mythischem Charakter sind. Prof.Dr.Max Weber, der jetzige Bundesfinanzminister, erklärte sogar, was Röpke vertrete sei eigentlich nicht Wissenschaft, sondern Kystik.

Verantwortlich: Peter Raunau